

## Bur Diözesan - Chronik.

### Statistische Nachweisung über die Thätigkeit des bischöflichen Ehegerichtes zu Linz im Solarjahre 1866.

Das bischöfliche Ehegericht kann noch nicht die weiße Fahne ausstecken; der holde Friede ist noch nicht eingelehrt; es heißt noch immer: *Litigatis et belligeratis* <sup>1)</sup>; ja die Zahl der Streitigkeiten hat sogar etwas zugenommen. Es wurden nämlich im Jahre 1865 neu angebracht 29 Rechtsfachen, im Jahre 1866 dagegen 36; also 6 Prozesse mehr als im vorigen Jahre.

Speziell wurden neu eingebracht 23 Scheidungsklagen (2 mehr als im Jahre 1865), und 11 Sponsalienklagen (6 mehr als im Jahre 1865). Eine Klage um Untersuchung über die Gültigkeit der Ehe kam nicht vor.

Im Ganzen genommen lagen dem bischöflichen Ehegerichte im Jahre 1866 zur Behandlung vor 11 Sponsalienklagen und 36 Ehescheidungs-Klagen.

Von den Sponsalienklagen wurden 2 friedlich ausgeglichen, 8 durch Urtheil erledigt, 1 ist in der Schwebe.

Bezüglich der anhängigen 36 Scheidungsklagen wurde die Scheidung in 11 Fällen bewilligt, in 7 Fällen nicht bewilligt, in 4 Fällen söhnten sich die Ehegatten aus, 1 Klage wurde ohne weitere Untersuchung abgewiesen, 13 Klagen bleiben in der Schwebe.

Frägt man, welche allgemeine Bemerkungen etwa aus den Vorkommnissen des abgelaufenen Jahres sich ergeben, so sind deren (nebst der bereits angeführten Vermehrung der Prozesse) zwei zu verzeichnen.

Die erste Bemerkung betrifft die Eheverlöbniße. Es wurden nämlich mehrere Gesuche um Auflösung eingegangener Eheverlöbniße angebracht. Das zu Grunde liegende Verhältniß ist folgendes: Eine Mannsperson schloß mit einer Frauensperson

---

<sup>1)</sup> Jakob. 4, 2.



ein Eheverlöbniß; später ließ er sie sitzen, und wollte eine andere heirathen. Dagegen erhob nun die Sitzengelassene Einsprache, und die Heirath kam nicht zu Stande. Nach einiger Zeit wollte derselbe Mann eine andere Frauensperson ehelichen; die Sitzengelassene erhebt abermals Einsprache, und die Heirat kommt wieder nicht zu Stande. Da auf diese Art der sitzlassende Bräutigam selbst arriß, so suchte er sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß er bei dem Ehegerichte um Ungiltig-erklärung des eingegangenen Eheverlöbnisses einschritt. Das Ehegericht konnte nichts anderes thun, als untersuchen, ob ein giltiges Eheverlöbniß vorhanden sei, oder ob ein gesetzlicher Grund, vom Eheverlöbniße zurückzutreten, obwalte; Anweisung für die g. Ger. SS. 310. In dieser Richtung wurden die eingelaufenen Gesuche behandelt und entschieden. In einigen Fällen lautete das Urtheil: es sei ein giltiges Eheverlöbniß nicht vorhanden, mithin eine darauf gegründete Einsprache unzulässig. In anderen Fällen wurde entschieden: es sei zwar ein giltiges Eheverlöbniß vorhanden, allein ein Zwang zur Erfüllung desselben bestehe nicht, alle Versuche eines gültlichen Ausgleiches versingen nicht, es werde also die anderweitige Berehelichung gestattet, dem klagenden Theile bleibe dagegen unbenommen, wegen Schadenersatz bei dem weltlichen Gerichte Klage zu führen; Anweisung SS. 109, 111—112. Frühere Gesuche um Dispense von Erfüllung des im Eheverlöbniße gegebenen Versprechens konnten nicht zum gewünschten Ziele führen, weil in Fällen, wo es sich um Rechte dritter Personen handelt, eine Dispens nicht anwendbar ist; daher wurde im abgelaufenen Jahre das erwähnte gerichtliche Mittel gewählt, und wurden auf diese Weise die Sponsalienklagen vermehrt.

Die zweite Bemerkung bezieht sich darauf, daß im abgelaufenen Jahre die Appellationen gegen die Urtheile der ersten Instanz viel häufiger waren, als in früheren Jahren, ja sogar vor die dritte Instanz gebracht wurden. Von den vorerwähnten 8 Urtheilen in Sponsaliensachen wurden 3 appellirt; da jedes-



mal das Urtheil der ersten Instanz bestätigt wurde, so konnte eine weitere Appellation nicht Platz greifen. — In Ehescheidungs- sachen wurden 18 Urtheile geschöpft und davon 10 appellirt. In zwei Fällen wurde die Berufung an die dritte Instanz ergriffen; in zwei Fällen wurde wohl die Appellation angemeldet, aber bei der zweiten Instanz keine Beschwerde eingebracht; in vier Fällen waren die Urtheile der ersten und zweiten Instanz gleichförmig, mithin eine weitere Appellation unzulässig, gemäß §. 239 der Anweisung; in zwei Fällen handelten die Parteien nach dem Urtheile der zweiten Instanz. — Es ist kein günstiges Zeichen der Zustände eines Volkes, wenn die Prozesse und deren Verlängerung im Appellationswege sich mehren. Dr. Nieder.

## Literatur.

**Die Mysterien des Christenthums.** Von Dr. M. J. Scheeben.  
Freiburg im Breisgau. Herder'sche Verlags-handlung. 1865.

Wir bringen hier ein umfangreiches Buch zur Anzeige, das zum tiefsten Nachdenken anregt. Dem Leser der Linger Quartalschrift ist das Verständniß des vorliegenden Werkes durch die in derselben vorkommenden Artikel<sup>1)</sup> über „Natur und Gnade“ bedeutend erleichtert, falls er nämlich nicht ohnehin die früher erschienenen Werke unsers Autors kennen gelernt. Wir sagen, nur eine Anzeige liefern zu wollen, obwohl wir uns einige unmaßgebliche Bemerkungen erlauben werden; eine eingehende Besprechung des großen Buches (772 Seiten) führte zu weit, und würde doch das nicht leisten, was Jedem die Lesung des Werkes selbst bietet.

<sup>1)</sup> Hierüber haben wir zu bemerken, daß Dr. Scheeben in „Natur und Gnade“ die Auffassung des Petavius von der Art der Verbindung mit dem heil. Geiste bekämpfe (siehe Heft III. Seite 299 dieser Quartalschrift), in den „My-sterien des Christenthums“ aber sich, wie er (Seite 150) schreibt, corrigire und dem Petavius zustimme.